

Betreff: Juni-Newsletter der Kampagne Steuer gegen Armut

Von: "Transaktionssteuer@googlemail" <transaktionssteuer@googlemail.com>

Datum: Wed, 02 Jun 2010 11:20:23 +0200

An: steuer-gegen-armut@listen.attac.de

Liebe Leserinnen und Leser,

ein ereignisreicher Monat Mai liegt hinter der Kampagne. Die Bundesregierung hat eine Kehrtwende vollzogen und will den Finanzsektor nun doch an den Kosten der Krise beteiligen. Sie will sich global im Rahmen der G 20 und bei Nichtgelingen auf europäischer Ebene für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer einsetzen. Auch eine Einführung im Euro-Raum (ohne Großbritannien) ist kein Tabuthema mehr. Neben der Finanztransaktionssteuer ist allerdings noch eine Finanzaktivitätssteuer (Steuer auf Bankengewinne und Lohnzahlungen) im Rennen - die Bundesregierung hat sich damit auf Drängen der FDP noch ein Hintertürchen offen gehalten.

Trotz dieses Erfolgs ist offensichtlich: Die Bundesregierung hat sich erst nach massivem Druck und vielem Hin und Her zu diesem Schritt bekannt. Die Finanzbranche an den Kosten der Krise zu beteiligen, sollte eigentlich selbstverständlich sein. Sie auch gemäss ihrer Leistungsfähigkeit und der eingefahrenen Gewinne zu besteuern, ist es immer noch nicht. Zum anderen sind wir bei der Frage der Mittelverwendung noch keinen Schritt weiter. Das Steueraufkommen zur Finanzierung von Armutsbekämpfung, Entwicklung und Klimaschutz zu verwenden, erscheint realpolitisch leider weiterhin utopisch. Das Elend auf der Welt zu bekämpfen sollte aber keine Erwägung des besten, wohlverstandenen nationalen Interesses sein. Mit diesem hatte Finanzminister Schäuble im Bundestag direkt nach seinem Plädoyer zur Finanztransaktionssteuer zur Eurorettung übergeleitet.

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Kampagnenaktivitäten im Mai
- Tagungsbericht der Fachtagung
- Mustermail zur Bewerbung der Online-Petition

Entwicklungen im Inland:

29.5. Talk bei [Anne Will](#): Klares Ergebnis für eine Finanztransaktionssteuer. Brüderle gehen die Argumente aus.

28. Mai: Fachtagung der Kampagne in Nürnberg. Auf einer [Pressekonferenz](#) der Kampagne sprechen sich Erzbischof Ludwig Schick, IG BAU-Vorsitzender Klaus Wiesehügel und Attac-Mitglied Detlev von Larcher für die FTS aus.

27. Mai: CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt schliesst nationalen Alleingang nicht aus [Dobrindt](#) fordert als erster Spitzenvertreter der Koalition, eine Steuer auf Finanztransaktionen notfalls auch im nationalen Alleingang zu beschließen.

27. Mai: Schwaches [Lob](#) von der Deutschen Börse: Finanztransaktionssteuer ist Fortschritt zur Börsenumsatzsteuer.

21. Mai: Finanztransaktionssteuer im Euroraum für die Bundesregierung kein Tabu mehr
Die deutsche Bundesregierung besteht nicht mehr auf der globalen Einführung der Finanztransaktionssteuer. Vor dem Bundestag erklärte [Finanzminister Schäuble](#) die Position der Bundesregierung: *Wenn es beim G-20-Gipfel im Juni nicht möglich sei, müsse eine solche Steuer EU-weit geprüft werden. Dafür werde sich die Bundesregierung stark machen. "Dann wird es in Europa eine ganz zentrale Frage sein: Geht eine solche Steuer nur unter Einschluss des größten Finanzplatzes London?" Notfalls müsse es im Euro-Raum versucht werden. "Ob wir dafür eine Mehrheit im Euro-Bereich bekommen, kann ich Ihnen heute nicht versprechen."*
Die [FDP](#) distanziert sich am nächsten Tag von der Idee.

20. Mai: [Robin Hood-Aktion](#) der Kampagne vor dem Brandenburger Tor

19. Mai: Die Kampagne fordert einen [Vorratsbeschluß](#) des deutschen Bundestags zur Einführung der FTS

18. Mai: Koalition einig über Finanzmarktsteuer

Im Koalitionsausschuß einigen sich Union und FDP auf eine Initiative zur Einführung einer [Finanzmarktsteuer](#). In dem Beschluss des Koalitionsausschusses wird die Bundesregierung aufgefordert, "sich auf europäischer und globaler Ebene für eine wirksame Finanzmarktsteuer - das heißt Finanztransaktionssteuer oder Finanzaktivitätssteuer - einzusetzen". Der Obmann der FDP im Finanzausschuß, Frank Schäffler, tritt zurück. Zu den erwartenden Schwierigkeiten bei den Verhandlungen der G 20 äussert sich [Merkel](#) ungewohnt drastisch ("Im Notfall muss man da Rabatz machen"). [Schäuble](#) bezeichnet eine globale FTS als unrealistisch.

17. Mai: Union für Finanztransaktionssteuer

Am Abend spricht sich die [Unions-Fraktion](#) für die Einführung einer globalen oder europäischen Finanztransaktionssteuer aus und geht damit offen auf Konfrontationskurs zur FDP.

17. Mai: Die Finanztransaktionssteuer wird in einer vierstündigen [öffentlichen Anhörung](#) vor dem Finanzausschuß des deutschen Bundestags debattiert. Die Kampagne ist prominent vertreten und veranstaltet im Anschluß eine Podiumsdiskussion.

16. Mai: FTS beim DGB-Bundeskongress

Michael Sommer fordert auf dem [DGB-Bundeskongress](#) Kanzlerin Merkel zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf. Diese erteilt der Forderung eine Absage, welche bereits zwei Tage später hinfällig ist.

13. bis 16. Mai: Die FTS ist ein zentrales Thema auf dem ökumenischen Kirchentag in München. Der ÖKT verabschiedet eine [Resolution](#) zur Einführung der Steuer. Die Kampagne verteilt Postkarten. Attac macht mit einer [Peepshow](#) auf das Thema aufmerksam.

12. Mai: Mit Justizministerin [Leutheusser-Schnarrenberger](#) spricht sich die erste prominente FDP-Politikerin für eine FTS aus. Einige Tage später folgt [Wolfgang Kubicki](#).

10. Mai: CSU-Chef [Seehofer](#) fordert eine Finanztransaktionssteuer neben der Bankenabgabe.

Anfang Mai: Die drei Oppositionsparteien verbinden ihre Zustimmung zum Griechenland-Paket von Anfang an konsequent mit der Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer. Dies scheitert vor allem an der [FDP](#), die mit dem Ende der Koalition droht.

1. Mai: Die Gewerkschaften fordern die FTS auf den Mai-Kundgebungen. Attac sammelt

Unterschriften für die Kampagne.

Entwicklungen im Ausland:

27. Mai: US-Finanzminister [Timothy Geithner](#) trifft sich mit Finanzminister Schäuble - doch es gibt keine Annäherung bei strittigen Themen.

26. Mai: Binnenmarkt-Kommissar Michel Barnier [erklärt](#), neben Fonds zur Krisenvorbeugung (-> Bankenabgabe) weitere Abgaben und Steuern zu untersuchen, um den Finanzsektor an den Kosten der Krise zu beteiligen. Befürchtungen, die Bankenabgabe sei ein Ablenkungsmanöver gegen die Finanztransaktionssteuer, werden dadurch teilweise entkräftet.

20. Mai: G 20-Finanzmarktsteuer - Merkel bekommt einen Korb
Die Wirtschaftsnationen scheinen bei der Finanzmarktregulierung heillos [zerstritten](#). Eine Einigung auf ein global koordiniertes Vorgehen wird immer unwahrscheinlicher. Merkels Werben für eine Finanzmarktsteuer trifft auf wenig [Gegenliebe](#) bei Teilen der G 20, unter anderem auch bei Gastgeber Kanada.

18. Mai: In [Frankreich](#) fordert ein Bündnis von NGOs und Gewerkschaften die FTS.

18. Mai: Österreichs Bundeskanzler Werner Faymann auf Staatsbesuch in Deutschland
In einem [Treffen](#) mit Bundeskanzlerin Merkel machen sich beide Regierungschefs für die globale oder europäische Einführung einer FTS stark. Die sozialdemokratischen Parteien in Europa werden notfalls ein [europäisches Volksbegehren](#) zur FTS anstrengen, heisst es nach einem Treffen von Faymann mit der SPD-Spitze.

18. Mai: Euro-Finanzminister für Finanztransaktionssteuer
Die [Euro-Finanzminister](#) beschliessen in der Nacht, sich international für die Steuer einzusetzen. Luxemburgs Regierungschef und Vorsitzender der Euro-Finanzminister Jean-Claude Juncker sagt, mit der Steuer könnten die Verursacher der Finanzkrise zur Kasse gebeten werden. Außerdem bestehe die Chance, die Finanzmärkte zu beruhigen. Ein europäischer Alleingang sei möglich.

17. Mai: Faymann will FTS auch im nationalen Alleingang
Österreichs Bundeskanzler Werner Faymann will auch ohne internationale Übereinkunft eine [nationale Finanztransaktionssteuer](#) für das Budget 2011 einführen und beruft sich dabei auf Argumente von Nobelpreisträger Joseph Stiglitz.

9./10.5. Bei einem Krisentreffen der EU Finanzminister anlässlich der Griechenland- und Eurokrise wird als Teil des Lösungspaket auch die Prüfung einer ["global transaction tax"](#) beschlossen.

Kampagnenaktivitäten im Mai

Unterschriftensammlung:

Die [internationale Unterschriftensammlung](#) nimmt langsam an Fahrt auf. Knapp vier Wochen vor dem G 20-Gipfel in Toronto sind 40.000 Unterschriften erreicht, dazu kommen mehrere tausend Unterschriften auf Papier. Dies ist jedoch noch deutlich zu wenig, um der Forderung international

Nachdruck zu verleihen. Dass öffentlicher Druck notwendig ist, zeigt die jüngste Kehrtwende der Bundesregierung.

Bitte machen Sie weiter Werbung und nutzen die [Webseite](#), das [Petitionswidget](#) und die Mustermail am Ende des Newsletters zur Bewerbung in Ihrem Umfeld!

Ökumenischer Kirchentag:

Auf dem ökumenischen Kirchentag ist die Kampagne und unsere Forderung sehr präsent. Nebst Verteilung von [Kampagnenpostkarten](#) und einer [Peepshow](#) am Attac-Stand ist die FTS Thema bei vielen Veranstaltungen. Am Samstag nachmittag verabschiedet der ÖKT folgende Resolution:

Der ÖKT 2010 in München fordert Bundestag und Bundesregierung auf, einen gemeinsamen Beschluss zur Einführung der Finanztransaktionssteuer zu fassen. Die Finanztransaktionssteuer soll zunächst in Deutschland und der Eurozone sowie baldmöglichst auch international eingeführt werden. Ein Teil des Steueraufkommens soll für die Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) und zur Schaffung von Klimagerechtigkeit verwendet werden.*

* Die Teilnehmenden am Hauptpodium "Globales Wachstum ohne Ende" (Anmerkung der Veranstalter des 2. ÖKT)

17. Mai - Öffentliche Anhörung im Finanzausschuß:

Die Finanztransaktionssteuer wird in einer vierstündigen öffentlichen Anhörung vor dem Finanzausschuss des deutschen Bundestags debattiert. Die Kampagne ist in der Anhörung fachkundig und breit vertreten, die Gegner der Steuer argumentieren dagegen überwiegend mit ökonomischen Binsenweisheiten und Partikularinteressen. Die Stellungnahmen und die Anhörung sind [online](#) dokumentiert.

17. Mai - Podiumsdiskussion "Rede und Antwort - die Parteien nehmen Stellung zur Finanztransaktionssteuer:

Nach der Anhörung stellen sich Bundestagsabgeordnete von fünf Parteien (ohne die CSU) und ihre Sachverständigen der Diskussion der Kampagne. Die Veranstaltung "[Rede und Antwort](#)" ist dank eines Mitschnitts von Edda Dietrich [online](#) dokumentiert, die Navigation durch die Aufzeichnung wird noch durch Stichpunkte ergänzt werden.

19. Mai - Kampagne fordert Vorratsbeschluss statt Absichtserklärung:

Die Kampagne [fordert](#) die Parteien im deutschen Bundestag auf, sich am Freitag parteienübergreifend und eindeutig zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu bekennen. Ein solcher Beschluss wäre ein wichtiges Signal: Bekennt sich Europas größte Volkswirtschaft für die Einführung dieser Steuer, werden andere Staaten folgen. Ein vergleichbarer Beschluss existiert etwa schon in Österreich.

20. Mai - Robin Hoods vor dem Brandenburger Tor:

Die Kampagne macht vor dem Brandenburger Tor Furore: Eine Schar von Robin Hoods, Maid Marians und Bruder Tucks überfällt eine Kutsche mit Bankern und fordert die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Die [Presse](#) ist begeistert!

[Bericht](#) zur Aktion. Weitere Bild- und Videoquellen [verlinkt](#) bei Attac.

Fachtagung der Kampagne in Nürnberg:

Am 28./29. Mai fand in Nürnberg die Fachtagung der Kampagne statt. An einem finanzpolitischen und einem entwicklungspolitischen Tag wurden die vielen Dimensionen unserer Forderung diskutiert. Die Präsentationen der fachkundigen und prominenten ReferentInnen werden in den nächsten Tagen auf der [Webseite](#) der Kampagne zugänglich gemacht. Zur Ergänzung folgt hier ein Tagungsbericht von Jörg Alt SJ.

Tagungsbericht der Fachtagung

Vom 28.-29. Mai fand im Caritas Pirckheimer Haus Nürnberg die Fachtagung der Kampagne "Steuer gegen Armut" statt. Die Fachtagung fand statt zu einer Zeit, in der die erste Kampagnenforderung, spätestens seit der Ansprache von Finanzminister Schäuble vor dem Bundestag am 21.5. endlich den politischen Alltag Berlins erreicht hat.

Der finanzpolitische Teil der Tagung begann mit einer Diskussion zweier 'geistigen Väter': Paul-Bernd Spahn, was die Tobin-"Spahn"-Steuer und Stephan Schulmeister, was die allgemeine Finanztransaktionssteuer betrifft. Spahn wies auf die mit dem Rückgang der Transaktionskosten trotzdem gestiegenen Volatilitäten an den Finanzmärkten hin und erläuterte die stabilisierende Wirkung durch steigende Steuersätzen bei hohen Kursabweichungen. Schulmeister konnte mit häufigen Gegenargumenten aufräumen und überführte die Diskussion um Abwanderungen von Spekulationsgeschäften in die Suche nach einem nachhaltigen Wirtschaftsmodell. David Hillmann von der britischen Kampagne "Stamp out Poverty" machte, beginnend mit einem Exkurs durch ihre vierhundertjährige Geschichte, das Publikum mit den Feinheiten nationaler Steuern auf Finanztransaktionen (sog. "Stempelsteuern") vertraut und beschrieb erfolgreiche und weniger erfolgreiche Beispiele. Peter Wahl (WEED) erörterte die internationale Debatte um Bankenabgaben, Finanzaktivitätssteuern und Finanztransaktionssteuern. Die verschiedenen Formen von Bankenabgaben sollten als Ergänzung, nicht jedoch als Ersatz der Finanztransaktionssteuer gefordert werden. Zum Abschluss des Tages gab Sven Giegold (MEP der Grünen und Attac-Veteran) eine politisch-rechtliche Einordnung der Finanztransaktionssteuer im EU-Kontext. Die Steuer sei zwar grundsätzlich an einen einstimmigen Beschluß des EU-Rats gebunden, die Möglichkeit eines Mehrheitsbeschluss wäre aber eine juristische Überprüfung wert. Nach der Kehrtwende Deutschlands wäre für eine Einführung im Euroraum ein Signal Frankreichs wichtig.

Bei allen Fortschritten droht aber die zweite Forderung in Vergessenheit zu geraten, nämlich: Erlöse aus den Steuereinnahmen zur Bekämpfung von Armut, der Folgen des Klimawandels und der sozialen Folgen der Finanzkrise im Inland zu verwenden. Dem Kampagnenbündnis war und ist aber von Anfang an wichtig gewesen, dass die Gelder nicht allein zur Risikoabsicherung der Banken oder der Stopfung von Haushaltslöchern genutzt wird.

Wie nötig das ist, wurde während des entwicklungspolitischen Schwerpunktteils der Fachtagung am Samstag sichtbar: Alexander Ochumbo von der Katholischen Universität Addis Abeba legte etwa dar, wie und wo die Weltwirtschaftskrise arme Länder direkt und indirekt in Mitleidenschaft zieht. Er, sowie die anderen Referenten (Dr. Rudolf Ficker, Evangelischer Entwicklungsdienst oder Jens Martens vom Global Policy Forum) zeigten sodann auf, welche Handlungsoptionen

erforderlich und möglich sind. Dabei ist Geld nicht alles, aber ohne Geld ist vieles nicht möglich. Könnten entsprechend möglichst viele Staaten dazu gebracht werden, eine Steuer von 0,05% auf alle Finanztransaktionen zu erheben, könnten hunderte von Milliarden US\$ generiert werden, um den Armen zu helfen bzw. die Folgen des Klimawandels und die sozialen Schieflagen der Krisenfolgen in den reichen Ländern auszugleichen. Die anwesenden Vertreter von Koalition und Opposition, Johannes Selle, MdB (CDU) und Uwe Kekeritz, MdB (Bündnis 90/Die Grünen) zeigten sich all diesem gegenüber aufgeschlossen.

Die drei prominentesten Redner auf der Tagung gaben, je auf ihre Weise, den Teilnehmern wichtige Kriterien mit auf den Weg, die bei der Abwägung von Handlungsoptionen innerhalb der nächsten Wochen und Monaten helfen sollten: Die vormalige Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul, MdB, meinte, dass die gegenwärtigen Entwicklungen dafür sprächen, dass wir uns in einer historischen Situation befinden, in der Großprojekte wie diese nach Jahrzehntelangen Vorarbeiten, etwa durch Gruppen wie attac, endlich umgesetzt werden könnten. Erzbischof Schick, Vorsitzender der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, erinnerte daran, "dass die Suche nach mehr internationaler Gerechtigkeit nicht vor der globalen Finanzpolitik halt machen darf. Die Armen erwarten mehr von uns, als die politisch Verantwortlichen bisher zu entscheiden bereit waren." Und Klaus Wiesehügel, Bundesvorsitzender der IG BAU, gab zu bedenken, dass die von der Bundesregierung zunächst vorgeschlagene Bankenabgabe "eine Ergänzung zur Finanztransaktionssteuer (ist). Sie darf jedoch nicht vorgeschoben werden, um weitere Regeln für die Finanzmärkte zu verhindern."

Weitere Informationen und Fachtagungsbeiträge zum Download finden Sie demnächst unter www.steuer-gegen-armut.org

Muster-Email zur Bewerbung der Unterschriftensammlung

Text zum Einkopieren in Emails mit Bitte um vielfache Weiterleitung:

Finanzmärkte international besteuern - jetzt unterzeichnen! Petition zur Finanztransaktionssteuer an die G20.

Liebe Leserinnen und Leser,

deregulierte Finanzmärkte haben weltweit unermessliche Schäden angerichtet. Eine *Steuer auf Finanztransaktionen* ist längst überfällig. Sie ist ein wichtiger Schritt zur Schrumpfung der Finanzmärkte und zur Finanzierung von Armutsbekämpfung, Entwicklung und Klimaschutz. Im Dezember 2009 haben 66000 Bürgerinnen und Bürger eine nationale Petition an den deutschen Bundestag unterzeichnet. Nun läuft bis zum G20-Gipfel am 26./27 Juni in Toronto eine zusätzliche *internationale* Petition zur Finanztransaktionssteuer.

Die Kampagne [Steuer gegen Armut](#) und das Bündnis [MakeFinanceWork](#) bitten um Deine/Ihre Unterschrift!

[Hier](#) bis zum **16. Juni 2010** unterzeichnen!

[Petition an die Staats- und Regierungschefs der G20](#)

Sehr geehrte Damen und Herren,

beim letzten G20-Gipfel in Pittsburgh haben Sie die Verantwortung der Finanzindustrie für die globale Krise betont. Das exponentielle Wachstum der Finanzmärkte und ihre Orientierung auf kurzfristige Spekulationsgewinne haben ein Kasinosystem entstehen lassen. Mit dem Platzen der Blase haben Millionen von Menschen ihren Arbeitsplatz verloren. Überall in der Welt hat die Armut zugenommen, und die Zahl der Hungernden ist um 100 Millionen gestiegen.

Sie haben Hunderte Milliarden von Dollar mobilisiert, um die Banken und das Finanzsystem zu retten. Die brennenden sozialen Probleme und der Klimawandel werden dagegen nicht mit der Dringlichkeit bearbeitet und mit den Finanzmitteln ausgestattet, die dafür nötig sind. Ich glaube es ist an der Zeit, dass die Finanzindustrie, die jahrzehntelang von mangelhafter Regulierung profitierte, einen angemessenen Anteil an den Lasten der weitgehend von ihr verursachten Krise übernimmt.

Eine **Steuer auf Finanztransaktionen** wäre das wirkungsvollste Instrument dafür. Sie würde:

- Geld bringen, mit dem die sozialen Folgen der Krise und globale öffentliche Güter wie z.B. Gesundheitsversorgung bezahlt und die Armut in der Welt sowie die Klimaerwärmung bekämpft werden können,
- zu mehr Stabilität des Finanzsystems beitragen, indem sie Spekulation und Überliquidität zurückdrängt.

Business as usual – das geht nicht! Sie treffen sich im kanadischen Toronto (26. – 27. Juni 2010), um über Reformen des internationalen Finanzsystems zu beraten. Ich möchte Sie dringend bitten, bei Ihrer Tagung eine Steuer auf alle Finanztransaktionen zu beschließen und damit der Welt zu zeigen, dass Ihren Worten auch Taten folgen.

Mit freundlichen Grüßen,
(Unterschrift)

Mehr Informationen zur Petition:

www.makefinancework.org

www.attac.de/fts

www.steuergegenarmut.org

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

www.steuergegenarmut.org